



## PRESSEINFORMATION

016 / 2017  
7. Dezember 2017

**Bundesvereinigung  
Bauwirtschaft**

Kronenstraße 55-58  
10117 Berlin

Tel.: 030 203 14-409

Fax: 030 203 14-420

eMail: [bau@zdb.de](mailto:bau@zdb.de)

[www.bv-bauwirtschaft.de](http://www.bv-bauwirtschaft.de)

Verantwortlich für Presse-  
und Öffentlichkeitsarbeit:  
Dr. Ilona K. Klein

### Rede

von

**Karl-Heinz Schneider**

Vorsitzender Bundesvereinigung Bauwirtschaft

anlässlich des

### 5. Deutschen Bauwirtschaftstages

am 7. Dezember 2017 in Berlin



Bundesinnungsverband  
des Gebäudereiniger-  
Handwerks



Bundesverband  
Farbe Gestaltung  
Bautenschutz



Bundesverband Garten,  
Landschafts- und Sport-  
platzbau e.V.



Bundesverband Metall -  
Vereinigung Deutscher  
Metallhandwerke



Bundesverband  
Gerüstbau



Deutscher  
Holzfertigbau-Verband e.V.



Bundesverband  
Rollläden +  
Sonnenschutz e.V.



Verband Deutscher Kälte-  
Klima-Fachbetriebe e.V.



Tischler Schreiner  
Deutschland



Zentralverband des  
Deutschen Baugewerbes



Zentralverband  
des Deutschen  
Dachdeckerhandwerks



Zentralverband der  
Deutschen Elektro- und  
Informationstechnischen  
Handwerke



Zentralverband  
Raum und Ausstattung



Zentralverband  
Sanitär Heizung Klima

Anrede

Erwartungen der deutschen Bauwirtschaft an die Politik der 19. Legislaturperiode – das steht jetzt auf unserem Programm.

Als wir im Frühsommer darüber nachgedacht haben, wie das Szenario wohl aussehen könnte, unter dem wir diesen Bauwirtschaftstag abhalten, da hätten wir es uns nicht träumen lassen, dass wir noch keine neue Bundesregierung haben würden, bzw. dass wir gerade mal erahnen können, wie diese vielleicht aussehen könnte.

Wir erleben eine spannende Zeit, mit einem Sechs-Parteien-Parlament, das größte, das wir je hatten.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, wir wären startklar, die Herausforderungen, die vor uns liegen, anzugehen. Dafür bräuchten wir aber eine funktionierende Bundesregierung. Ich gehe aber davon aus, dass noch einige Monate ins Land gehen werden, bevor klar ist, wer uns in den kommenden Jahren regieren wird.

Angesichts der sich in die Länge ziehenden Regierungsbildung auf der einen Seite, der Vielzahl von Wahlen auf der anderen Seite bleibt dann wenig Zeit zum Arbeiten. Ob das mit diesem Riesen-Parlament mit mehr als 700 Abgeordneten gelingen wird, ist ohnehin fraglich.

Normalerweise sagt man, dass nur die ersten beiden Jahre einer Legislatur für grundsätzliche Projekte genutzt werden können. Wenn man aber mehr als ein halbes Jahr für die Regierungsbildung benötigt, dann verkürzt sich die Zeit für Reformvorhaben doch deutlich.

Liebe Gäste,

Erwartungen an die Politik haben wir viele, mehr als 100 Forderungen zur Bundestagswahl haben wir in unserer Broschüre niedergelegt und begründet. Aber keine Angst, ich habe nicht vor, Ihnen diese 100 Forderungen und Erwartungen en Detail vorzutragen. Aber unabhängig davon, wer uns regieren wird, unsere Vorstellungen und Forderungen, die wir an die Politik haben, bleiben dieselben. Ob sich diese allerdings erfüllen werden, können wir natürlich nicht vorhersagen.

Dieses Land hat so viele Baustellen, an denen wir gleichzeitig arbeiten müssen, im Interesse von Arbeitsplätzen und Wohlstand.

Kommen wir also zur ersten großen Baustelle, kommen wir zum Wohnungsbau.

Bereits vor vielen Jahren haben wir davor gewarnt, dass es in Deutschland zu einer Wohnungsnot kommen würde. Denn was keiner wahrhaben wollte, zeichnete sich bereits damals ab: Der Bedarf an neuen Wohnungen ist weitaus höher als die Zahl der Wohnungen, die neu auf den Markt gekommen sind.

Denn: Es war nicht nur uns bekannt, dass trotz der demografischen Entwicklung die Zahl der Haushalte bis mindestens 2030 noch weiter steigen würde. Hinzu gekommen ist zudem der verstärkte Zuzug von Menschen in die Städte. Man will lieber wieder mittendrin als an der Peripherie leben. Ganz zu schweigen von den vielen Flüchtlingen, die seit 2015 in unser Land gekommen sind, und die alle ja auch ein vernünftiges Dach über dem Kopf benötigen.

Damit einher geht, dass Bauland in den bevorzugten innerstädtischen Lagen knapp ist und daher teuer an den meist Bietenden verkauft wird, dass die Bundesländer die Grunderwerbsteuer deutlich erhöht haben und dass die Politik das Bauen mit einer Vielzahl von Auflagen und Anforderungen überzogen hat.

Diese Entwicklungen führten in den Ballungsgebieten dazu, dass Wohnraum knapp wurde; was nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen höhere Mieten nach sich zog, die für Normal- und Geringverdiener kaum mehr zu bezahlen sind. Darauf war die Politik nicht vorbereitet. Und viele nicht vorhersehbare Ereignisse kamen hinzu.

Gleichzeitig ging die Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau vom Bund auf die Länder über, mit dem Ergebnis, dass die Länder das Geld zwar gerne nahmen, aber nicht für den Wohnungsbau, von einzelnen löblichen Ausnahmen abgesehen.

Daher sage ich ganz deutlich: die Wohnungsnot ist hausgemacht! Und der Staat ist daher jetzt auch in der Pflicht, ihr auf allen drei staatlichen Ebenen entgegenzuwirken.

Und eines ist doch auch klar: Die Mietpreisbremse baut keine einzige Wohnung! Wie kostengünstiger gebaut werden kann, haben wir in einer Vielzahl von Papieren niedergelegt, darunter auch im Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen bei Bauministerin Dr. Barbara Hendricks.

Hier fordern wir an erster Stelle die Erhöhung der AfA von zwei auf mindestens drei Prozent. Das würde auch dem tatsächlichen Wertverzehr einer Immobilie entsprechen, deren technische Ausrüstung heute eine ganz andere ist als noch vor zwanzig Jahren.

Dazu gehört für uns auch, dass wir endlich über Standards und technische Anforderungen nachdenken, die wir an den Wohnungsneubau stellen. Mit der derzeit gültigen EnEV haben wir einen Niedrigstenergiestandard erreicht, mit dem Deutschland im europäischen Kontext weit vorne ist. Eine weitere Verschärfung der EnEV hin zu einem Passiv- oder gar Plusenergiehaus würde einen Kostenanstieg bedeuten, der diesen letzten Schritt zumindest jetzt nicht rechtfertigt.

Deutschland trägt 2,2 % zum weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei. Klar, wir könnten diesen Anteil auf unter zwei Prozent drücken. Aber zu welchem Preis? Und: Wem würde das helfen?

Meine Damen und Herren,

lieber sollten wir versuchen, den Gebäudebestand energetisch auf Vordermann zu bringen; hier gäbe es viel zu tun. Aber auch hier ist Augenmaß gefordert. Wir werden nicht aus jeder alten Hütte ein Passivhaus machen können. Dennoch sollten wir Hauseigentümer in ihrem Bemühen, ihre Häuser schrittweise zu modernisieren, unterstützen.

Die Politik der vergangenen Jahre, der erfolglose Versuch, eine steuerliche Förderung auf den Weg zu bringen, hat bei den Besitzern von Ein- und Zweifamilienhäusern einen Attentismus verursacht, der weder für die im Ausbau tätigen Kollegen noch für das Klima gut ist.

Auch die stabilen Energiepreise lassen die wirtschaftliche Rentabilität von Sanierungsmaßnahmen in weite Ferne rücken. Daher sind hier Anreize zu schaffen, die über die derzeitige KfW-Förderung hinausgehen. Dazu gehört für mich, dass zum einen auch Einzelmaßnahmen gefördert werden und zum anderen, dass die Sanierung des selbstgenutzten Eigentums endlich steuerlich gefördert wird.

Meine Damen und Herren,

dazu gehört für mich aber auch, dass die öffentliche Hand in den eigenen Gebäudebestand investiert. Momentan entsprechen nur neu gebaute Gebäude den energetischen Anforderungen. Im Hinblick auf den öffentlichen Gebäudebestand übt sie sich eher in vornehmer Zurückhaltung. Das ist aber nicht angebracht!

Damit sind wir auch schon beim zweiten großen Bereich, über den wir sprechen müssen, nämlich der öffentlichen Infrastruktur. Auch hier gilt: Der Staat ist über Jahrzehnte auf Verschleiß gefahren; denken wir nur an die Vielzahl der Brücken, die nun auf einen Schlag saniert, bzw. teilweise auch komplett neu gebaut werden müssen.

Und das betrifft die gesamte Infrastruktur. Wenn ich so durch Berlin fahre, komme ich mir manchmal vor, als ob ich nicht in Deutschland wäre. So schlecht ist der Zustand der Straßen.

Und ehrlich gesagt, sind es nicht nur Straßen, es sind auch unsere Schulen, Turnhallen, kurzum: allein die kommunale öffentliche Infrastruktur schiebt ein Investitionsvolumen von rund 130 Mrd. Euro vor sich her. Hier rächt sich, dass in den vergangenen Jahrzehnten erheblich Personal in Bauämtern und Straßenverwaltungen abgebaut wurde. Man kann vieles privat machen, aber eben nicht alles.

Denn jetzt, wo der Fachkräftemangel schon um die Ecke schaut, ist es auch für die öffentliche Verwaltung schwierig, Bauingenieure und andere Fachkräfte zu finden. Dennoch: Wir brauchen als ausführende Bauwirtschaft ein sach- und fachkundiges Pendant bei unseren öffentlichen Auftraggebern.

Auf kommunaler Ebene können manche Projekte noch als ÖPP-Vergabe mit regionalen Mittelständlern realisiert werden, beim Ausbau der Bundesfernstraßen wollen wir das nicht. Zu eingeschränkt ist hier der Wettbewerb durch die immer gleichen drei bis vier Baukonzerne und Finanzinvestoren.

Hinzu kommt: ÖPP ist einfach zu teuer! Das hat der Bundesrechnungshof schon vor Jahren vorgerechnet. Und das wird angesichts der Insolvenz der A1 mobil einmal mehr sichtbar: Bei einem Investitionsvolumen von 1,3 Mrd. Euro werden von den Betreibern Mehrkosten in Höhe von knapp 800 Mio. Euro geltend gemacht. Das sind rund 60 Prozent des Investitionsvolumens. Und das bei einer angenommenen Rendite im mind. zweistelligen Bereich.

Liebe Kollegen, das geht überhaupt nicht. Das können unsere heimischen mittelständischen Straßenbaubetriebe besser und günstiger. Das haben sie über Jahrzehnte bewiesen. Und das sollen sie unserer Auffassung nach auch weiter so machen.

Die dritte Großbaustelle sind im weitesten Sinne die Rahmenbedingungen für uns als Unternehmer. Dazu zähle ich zu allererst die Kostenbelastung des Faktors Arbeit in unserem Land. Trotz aller verbaler Bekenntnisse hat sich in den vergangenen Jahren nichts daran geändert.

Laut PROGNOSE könnte der Sozialversicherungsbeitrag zügig auf 50 Prozent, allein aufgrund der demografischen Entwicklung, weniger Fachkräfte und mehr Rentner, steigen. Daher fordern wir eine neue Bundesregierung auf, alles Notwendige dafür tun, die Sozialbeiträge dauerhaft auf 40 Prozent zu begrenzen. Dieses, liebe Gäste, sind wir unseren Kindern und Enkelkindern schuldig!

Dazu müssen wir alle Beschäftigungspotentiale, die vorhanden sind, mobilisieren. Und nicht jede soziale Wohltat ist dauerhaft finanzierbar und verantwortbar. Investitionen in die Bildungsinfrastruktur sind zwar richtig und wichtig – aber wir müssen eben auch in die Inhalte und die Köpfe investieren.

Jeder junge Mensch sollte die Schule mit einem Abschluss in der Tasche verlassen und eine Berufsausbildung absolviert haben. Wir müssen vor allem wegkommen von der Akademisierung, die unser Land in den vergangenen Jahrzehnten geprägt hat. Denn es ist ein Irrglauben, dass ein schlechter Akademiker besser sei als ein guter Handwerker. Das Gegenteil ist der Fall. Daher brauchen wir auch eine bessere,

individuelle Förderung für die etwa eine Million Langzeitarbeitslosen, damit diese endlich wieder Fuß auf dem Arbeitsmarkt fassen.

Meine Damen und Herren,

weiterhin machen uns öffentlich subventionierte Betriebe zu schaffen. Wir müssen den zweiten Arbeitsmarkt zugunsten des ersten zurückdrängen. Denn wir finanzieren mit hohen Steuern und Abgaben einen für viele unserer Betriebe existenzbedrohenden zweiten Arbeitsmarkt. Solche Wettbewerbsverzerrungen entstehen z.B. durch die Vergabe von Bauaufträgen und Reinigungsaufträgen an kommunale Beschäftigungsgesellschaften und gemeinnützige Unternehmen, die ohne Umsatzsteuer anbieten können. Wir brauchen hier endlich einen fairen Wettbewerb.

Das Schlimme daran ist, dass die Chancen der Teilnehmer an ABM-Maßnahmen auf dem ersten Arbeitsmarkt sogar schlechter sind als diejenigen vergleichbarer anderer Arbeitsloser. Angesichts des großen Fachkräftemangels, der auf uns zu kommt, müssen wir alles dafür tun, dass diejenigen Menschen, die in unserem Land Leben auch selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können. D.h. wir sind aufgefordert, den geflüchteten Menschen vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Dies setzt jedoch voraus, dass sie die Möglichkeit erhalten, das dazu notwendige Qualifikationsniveau zu erwerben. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse.

Mit einem Zuwanderungsgesetz sollte eine neue Regierung effektiver dafür werben, dass mehr junge Menschen und Fachkräfte aus dem Ausland zu uns in Ausbildung und Beschäftigung kommen.

Sozialversicherungen sind keine Sparkassen. Eine neue Regierung sollte daher 2018 die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung senken. Die Entlastung der Beitragszahler muss verbindlich kommen! Und angesichts der insgesamt guten Wirtschaftslage muss auch die Vorfälligkeit der Rentenbeiträge endlich wieder abgeschafft werden.

Liebe Gäste,

die blaue Plakette ist auch so ein Thema, das uns schwer im Magen liegt. Sie liegt zwar derzeit auf Eis, die Diskussion über Fahrverbote geht aber weiter. Wie sollen wir aber ohne Baumaschinen, Transporter und Lkw, die alle mit Diesel betrieben werden, die anstehenden Bauaufgaben erfüllen?

Meines Erachtens sollten die Fahrzeuge, die permanent in den Innenstädten unterwegs sind, als erstes umgerüstet werden, und nicht die, die nur einen Bruchteil des innerstädtischen Verkehrs ausmachen.

Ich bin aber fast sicher: Das Gegenteil wird der Fall sein. Es werden für die Fahrzeuge der öffentlichen Hand, wie Polizei, Feuerwehren, Krankenwagen, ÖPNV etc. Ausnahmeregelungen geschaffen, und die gewerbliche Wirtschaft sowie die privaten Autofahrer werden unter der blauen Plakette leiden müssen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch ein Thema ansprechen, das wie kein anderes das Herz unserer Branche berührt. Das ist die Meisterpflicht als Voraussetzung zur Unternehmensgründung.

Seit der Novellierung der Handwerksordnung sind 13 Jahre ins Land gegangen, 13 Jahre, in denen es sich erwiesen hat, dass die damalige Entscheidung Handwerksberufe, darunter Fliesenleger, Raumausstatter und Rollladen- und Sonnenschutztechniker und weitere Berufe meisterfrei zu stellen, ein großer Fehler war.

Wir haben es mittlerweile mit rund 70.000 Fliesenlegerbetrieben zu tun, ein Großteil davon Ein-Mann-Betriebe, und viele aus dem Ausland, die auf Baustellen alles machen, nur keine Fliesen zu verlegen. Sie sind an keinen Mindestlohn gebunden, sie brauchen sich nicht kranken- und rentenversichern und machen so unseren Betrieben und vor allem deren Beschäftigten ernsthaft Konkurrenz, eine Konkurrenz, der diese nicht standhalten können.

Wir wissen natürlich, dass es keine vollständige Revision der HwO-Novelle geben wird. Aber es muss überprüft werden, wo es zu Fehlentwicklungen gekommen ist, und in welchem rechtlichen Rahmen Korrekturen möglich sind. Die Scheinselbstständigkeit ist das Einfallstor für Illegalität und Schwarzarbeit am Bau und diese müssen wir mit allen Mitteln bekämpfen.

Liebe Gäste,

lassen Sie mich zum Schluss noch einen Blick in die Zukunft werfen, sprechen wir über die Digitalisierung. Denn auch hier haben wir Erwartungen an eine neue Bundesregierung, egal welcher Couleur. Hier steht zuallererst die Forderung nach einem flächendeckenden Breitband-, sprich: Glasfaserausbau. Deutschland ist hier Entwicklungsland, man muss es so deutlich sagen. Es gibt zu viele Gegenden in unserem Land, in denen man kaum Mobilfunkempfang hat, geschweige denn Datentransfers möglich sind.

Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite bauen wir heute schon Smart Homes, die über das Internet vernetzt sind. Das Internet der Dinge wird demnächst mehr als 50 Mio. Geräte vernetzen – und für alle braucht es eine Internet- bzw. WLAN-Verbindung. Gibt man Smart Home als Suchbegriff bei Google ein, so erhält man in 0,36 Sekunden über 100 Mio. Links. Das zeigt die Virulenz des Themas und auch die Tatsache, dass wir uns als Bauwirtschaft intensiv damit auseinandersetzen müssen.

Denn die Frage ist: Können wir mit dieser Geschwindigkeit der Entwicklung mithalten? Welchen Beitrag können wir dazu leisten? Und schlussendlich: Wie verändert sich unsere Branche durch die Digitalisierung?

Welche Fähigkeiten muss der Facharbeiter der Zukunft haben? Wie müssen wir die Ausbildung unserer jungen Leute verändern?

Auf alle diese Fragen müssen wir Antworten geben und letztendlich muss die Politik ihren Beitrag ebenfalls dazu leisten.

Meine Damen und Herren,

das Handwerk hat goldenen Boden, dieser Satz aus alter Zeit ist aktueller denn je. Wir sind gut aufgestellt, wir blicken optimistisch in die Zukunft. Jeder junge Mensch, mit einem halbwegs guten Schulabschluss wird in der Bauwirtschaft eine Lehrstelle finden und kann seinen Weg auch machen.

Die Bauwirtschaft bietet eine hervorragende Perspektive, und das noch über einen langen Zeitraum hinweg. Denn wir erleben gerade jetzt, dass Deutschland eben nicht zu Ende gebaut ist, wie man das vor geraumer Zeit noch dachte.

Wir müssen gemeinsam die demografische Entwicklung meistern, die großen Chancen die sich aus der Digitalisierung auch für unsere Branche ergeben, ergreifen, und dabei unseren Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels leisten.

Tatsächlich sind es aber diese notwendigen Weichenstellungen, die entscheiden, ob wir auch morgen noch in Wohlstand, Frieden und sozialer Sicherheit leben werden.